

Im intuitiven Erstzugriff erscheint die Absteckung des Phänomens „Krankheit“ einfach: Ausgehend von einem Grundverständnis gesunder Existenz werden alle Erscheinungen, die sich hiervon unterscheiden, als ungesund, mithin krankhaft eingestuft. Aber schon ein genauerer Blick auf die medizinische Pathologie des Menschen zeigt, dass derartige Deutungen stark kontextabhängig sind. Denn zum einen kann ein und dasselbe Syndrom je nach kulturellem Rahmen entweder als Krankheit oder aber als positiv zu wertende Gnadengabe verstanden werden, wofür die Epilepsie als „heilige Krankheit“ ein gutes Beispiel ist (Waller et al. 2004): Heutzutage unbestrittenermaßen als neurologisches Krankheitsbild eingestuft, galt sie in der Antike vielfach als Zeichen göttlicher Erwählung, wovon nicht zuletzt der mutmaßliche Epileptiker Julius Cäsar profitierte.

Zum anderen kann auch ein unzweifelhaft als Krankheit eingestuftes Phänomen positive Effekte zeitigen, wenn es dem Träger in anderen Zusammenhängen Überlebensvorteile verschafft. Die in Afrika weitverbreitete Sichelzellenanämie etwa beeinträchtigt zwar durch das fehlerhafte Blutbild die körperliche Fitness gravierend, immunisiert aber gleichzeitig gegen den Malaria-Erreger (Rutsatz 2011). Insoweit sind also schon menschliche Krankheiten bzw. die zugehörigen medizinischen Diagnosen maßstabsabhängig bzw. von ambivalenter Konsequenz. Umso mehr gilt dies für den Bereich politischer Defekte, wie im Folgenden zu zeigen ist.

2.1 Was macht ein politisches Phänomen pathologisch? Maßstabsprobleme

Es ist ein zentrales Merkmal politischer Ideengeschichte, über die Maßstäbe guter Politik bzw. idealer politischer Ordnungen zu streiten. Insoweit hängt die Definition dessen, was als politisch defekt eingestuft wird, maßgeblich von der Festlegung dessen ab, was demgegenüber als dem Menschen gemäß, mithin politisch funktional erscheint: Platons Philosophenherrschaft steht die Herrschaft der Masse daher als Degenerationsphänomen gegenüber (Ottmann 2001b, S. 23–25), wie auch in der mittelalterlichen Kosmologie Thomas von Aquins kein Platz für das autonome politische Individuum ist, da es den normativen Prämissen der göttlichen „lex aeterna“ wie auch der den Menschen prägenden „lex naturalis“ widerspräche (Matz 1979, S. 124–128). Und frühneuzeitliche Souveränitätslehren definieren den göttlich legitimierten monarchischen Souverän als Schlussstein einer hierarchischen Ordnung, in der er gleichsam den denkenden und lenkenden Kopf eines organischen ‚body politic‘ bildet (Schwan 1993, S. 168–173). Demokratie konnte demgegenüber nur als krankhaft gelten.

Aber auch in der Moderne, die derlei Vorstellungen längst hinter sich gelassen hat, sind diese Maßstabsprobleme virulent – und dies sowohl in struktureller wie auch in prozessualer und inhaltlicher Hinsicht. *Strukturell* etwa ist durchaus strittig, ob ‚gesunde‘ Volksherrschaft wirklich eines formalisierten Verfassungsstaates bedarf oder ob sie nicht besser als traditionell gewachsene, von ungeschriebenen, weithin akzeptierten Konventionen getragene Ordnung gefasst werden sollte. Zwar ist ersteres heute die Norm, doch sollte der Blick auf die lange Verfassungstradition des Vereinigten Königreichs vor voreiligen Schlüssen bewahren: Wesentliche Spielregeln des britischen Parlamentarismus, wie etwa die Formierung oder die Abwahl der Regierung, sind dort bis heute durch ungeschriebene Verhaltensmaximen festgelegt und dadurch politisch akzeptiert und leicht wandelbar zugleich (Krumm und Noetzel 2006, S. 16–23).

Denn wie es bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts dort noch möglich war, ein Mitglied des Oberhauses zum Premierminister zu bestellen, so hat sich in den folgenden Jahrzehnten schleichend zwar, aber damit auch politisch verträglich, ein permissiver Konsens etabliert, dass der Regierungschef im demokratischen Massenzeitalter dem Unterhaus angehören müsse (Kastendieck und Stinshoff 2006, S. 120). So lange also politische Spielregeln auf informeller Akzeptanz gründen, müssen sie nicht verfassungsrechtlich formalisiert werden und verfügen trotzdem über Legitimität.

Auch in *prozessualer Hinsicht* bleibt bis heute vieles umstritten: Ob eine Mas-sendemokratie besser als plebiszitär geprägte, *input*-orientierte politische Ordnung zu gestalten, oder ob ihr ein repräsentativ-elitäres, von leistungsbezogenen *output*-

Maßstäben geleitetes Gepräge angemessener sei, entzweit die demokratietheoretische Tradition seit ihrem Anbeginn (Schumpeter 1987/1942, S. 427–450; Scharpf 1975, S. 21–28). Politisch-kulturelle Modernisierungsprozesse verschärfen das Problem noch zusätzlich, denn in einer zeitgenössischen, von einem breiten Bildungsbürgertum getragenen *civil society* ist der Drang nach Verstärkung direktdemokratischer Mechanismen ausgeprägter als in vergleichsweise ‚vormodernen‘ Formen der Demokratie, in denen die Bürger nicht nur aufgrund des noch eingeschränkten Wahlrechts weniger Partizipationspotentiale besaßen, sondern dies aufgrund obrigkeitsstaatlicher Untertanenmentalität oft gar nicht problematisierten (Eilfort 2003, S. 198–200).

Heinrich Manns Romanfigur Diederich Heßling versinnbildlicht diesen Bürgertypus daher nicht nur literarisch (Mann 1972), sondern kann durchaus als Abbild weit verbreiteten kaiserzeitlichen politischen Selbstverständnisses gewertet werden, in dem zwar die periodische Teilnahme an Wahlen selbstverständlich und politisch auch erwünscht war, keineswegs aber mit einem darüber hinaus reichenden politischen Impetus zur permanenten plebiszitären Teilhabe einher gehen musste. Der wilhelminische Obrigkeitsstaat hätte dafür ohnehin keine verfassungsrechtlichen Chancen geboten, aber eine derartige politische Selbstbeschränkung der Bürger war im 19. und frühen 20. Jahrhundert eben nicht nur für das deutsche Kaiserreich prägend, sondern auch für schon traditionsreiche westliche Demokratien (von Beyme 1999, S. 61–121).

Und schließlich sind auch *inhaltlich definierte* Maßstabsprobleme virulent, die sich vor allem in den stark voneinander abweichenden *Staatszielbestimmungen* manifestieren. Seit dem 18. Jahrhundert sind hier mit den verschiedenen Strömungen des Liberalismus, des Konservatismus und des Sozialismus sehr disparate politische Deutungsangebote guter Demokratie entstanden (Göhler und Klein 1993, S. 317–577; Ottmann 2008b), die deshalb auch zu ganz unterschiedlichen politischen Pflichtenheften führten: Unbeschadet der Unterschiede im Detail idealisieren Protagonisten liberaler Provenienz das Modell des schlanken Staates, der sein Regulationsvolumen auf das nötige Mindestmaß reduziert, die Entfaltung individueller Freiheit jenseits basaler Erfordernisse öffentlicher Sicherheit nicht unnötig einengt und die Eigeninitiative und den gewollten Wettbewerb unter den Bürgern nicht durch übertriebene wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge behindert (Göhler und Klein 1993, S. 362–370; Ottmann 2008b, S. 58–107).¹

¹ Von Hayek hat dafür in seinem Klassiker „Die Verfassung der Freiheit“ die wohl wirkmächtigste Begründung geliefert – nicht zuletzt durch seinen nachhaltigen Einfluss auf das politische Denken Margaret Thatchers und Ronald Reagans. Das ist auch auf sein Geschick zurückzuführen, dieses liberalistische Grundargument für etliche Politikfelder (u. a. Soziale Sicherung, Steuer- und Währungspolitik, Wohnungswesen und Stadtplanung, Landwirtschaft

Eine funktionale Demokratie ist in dieser Perspektive also ein schlanke, regulierungsarme – ganz im Unterschied zum sozialistischen, egalitären Gegenmodell, in dem der interventionistische Wohlfahrtsstaat geradezu zum Markenzeichen wird, weil er nicht zuletzt als Instrument innergesellschaftlicher Umverteilung dient (Esping-Andersen 2010, S. 9–34). Dies wiederum steht dann in starkem Gegensatz zu konservativen Positionen, die solches unter Verweis auf gewachsene und dadurch mit einem historischen Eigenrecht versehene gesellschaftliche Traditionen ablehnen – verbunden mit einem klaren Plädoyer zur Akzeptanz auch so zustande gekommener sozialer Unterschiede (Esping-Andersen 2010, S. 9–34). Das konservative Wohlfahrtsstaatsideal erhält dadurch wiederum ein spezifisch paternalistisches Gepräge, indem hier zwar durchaus staatliche Eingriffe vorgesehen sind – und dies in deutlich stärkerem Maße als im Liberalismus –, aber eben nicht mit egalisierender Absicht, sondern zur Bewahrung und unter bewusster Akzeptanz gesellschaftlicher Hierarchien (Schmid 2010, S. 101).²

Kurzum: Was eine ‚gesunde‘ Demokratie von einer ‚kranken‘ unterscheidet, ist entscheidend von den jeweils angelegten Maßstäben abhängig. Es wird daher eine der zentralen Herausforderungen der nachfolgenden Überlegungen sein, diese Beurteilungsvielfalt konzeptionell in den Griff zu bekommen. Denn würde dieses Unterfangen scheitern, müsste die Erarbeitung einer einheitlichen Pathologie der Demokratie aufgrund definitorischer Beliebigkeit von vornherein *ad acta* gelegt werden.

2.2 Sind politische Phänomene immer pathologisch? Ambivalenzprobleme

Carl Joachim Friedrich hat seiner klassischen Studie zur „Pathologie der Politik“ nicht ohne Grund den provozierenden Untertitel „Die Funktion der Mißstände“ gegeben (Friedrich 1973). Denn an den Phänomenen Gewalt, Verrat, Korrupti-

und Ökologie, Erziehung und Forschung) anschaulich zu konkretisieren und damit politischen Praktikern gute Ansatzpunkte für die Übernahme seiner Konzepte zu liefern (von Hayek 1991/1960, S. 323–480). Mit seinem Plädoyer für einen „Minimalstaat“ setzt sich Nozick (2006/1974) allerdings noch wesentlich dezidiert dafür ein. Eine moderne Version liefert Minogue, der einem übertrieben daseinsvorsorgenden Staat die Förderung eines unselbständigen „servile mind“ seiner Bürger unterstellt (Minogue 2012).

² Dabei ist natürlich in Rechnung zu stellen, dass sich die Vorstellungen von den Aufgaben des modernen Staates auch in historischer Perspektive stark gewandelt haben (Grimm 1996). Gerade das Konzept des interventionistischen Wohlfahrtsstaats ist ja vergleichsweise jungen Datums. Vgl. zur Entwicklung der Staatsaufgaben statt anderer Benz (2008, S. 225–236), Willke (1996, S. 211–309), Nordlinger (1981), Voigt (1996), Naschold und Bogumil (2000) und Rosecrance (2001, S. 19–108).

on, Geheimhaltung und Propaganda ließe sich schlüssig zeigen, dass *prima vista* ‚krankhafte‘ Erscheinungsformen durchaus auch funktionale Effekte haben könnten, so sein zentrales Argument. Wie nun genauer zu zeigen ist, hat diese aus den frühen siebziger Jahren stammende Diagnose bis heute nichts an Stichhaltigkeit verloren; das schon geschilderte medizinische Ambivalenzproblem ist also auch *in rebus politicis* virulent.

Noch am eingängigsten ist diese Perspektive beim Aspekt *Gewalt*, ist doch das Gewaltmonopol schon seit jeher ein wesentliches Definitionskriterium des modernen Staates (van Crefeld 1999, S. 179–194). In der neueren Staatslehre ging es also letztlich nie um die Frage des „ob“, sondern die Diskurse drehten sich primär um die Frage der Reichweite, der Begrenzung und der Legitimation dieses Monopols. Ohne Frage wurde dabei die negativ konnotierte Gewalt im Sinne autokratischer Willkürherrschaft von vornherein ausgeblendet; allein es blieb und bleibt das Erfordernis, die Reichweite des positiv gestaltenden staatlichen Gewaltmonopols definitorisch festzulegen (Kriele 1981, S. 84–94).³

Einmal mehr hängt dies aber vom jeweiligen Staatsideal ab, beim liberalen Ordnungsstaat primär auf die Gewährleistung individueller Freiheitsrechte und öffentlicher Sicherheit fokussiert, beim sozialistischen Wohlfahrtsstaat auch darüber hinausgehend die autoritative egalitaristische Intervention in die individuelle Daseinsvorsorge und die gesellschaftliche Umverteilung betreffend, etwa durch eine allgemeine Sozialversicherungspflicht mit progressiven Beitragssätzen. Durch die Konkurrenz dieser verschiedenen Staatsideale entsteht in der Folge eine evaluatorische Grauzone, die sinngemäß auch für die übrigen noch anzusprechenden Phänomene gilt: Was für den einen noch in den Bereich legitimen staatlichen Gewaltmonopols gehört, ist für den anderen bereits eine pathologische Ausdehnung der öffentlichen Hand auf Bereiche, in denen sie nichts verloren hat (Breuer 1998, S. 274–283).

³ Dies ist gerade unter den Bedingungen fortschreitender Globalisierung und supranationaler Integration von zentraler Bedeutung. Jachtenfuchs erkennt hier mit Blick auf die OECD-Staaten zwei Trends, die das klassische staatliche Gewaltmonopol aber am Ende nur modifizieren und nicht ersetzen: „Zum einen wird das Gewaltmonopol nicht an internationale Institutionen delegiert und damit auch nicht auf überstaatlicher Ebene neu konstituiert. In der OECD-Welt bilden sich keine mit dem Staat konkurrierenden Organisationen heraus, die ebenfalls das Gewaltmonopol beanspruchen. Allerdings entstehen bei konkreten Einsätzen von Polizei und Militär Formen von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, in denen versucht wird, hohe operative Effizienz mit größtmöglicher Autonomieschonung zu verbinden. (...) Zum zweiten wird das Gewaltmonopol in ein immer umfassenderes Institutionengeflecht eingebettet, dessen Verpflichtungsgrad steigt. Infolgedessen beeinflussen zunehmend internationale Institutionen die Bedingungen und die Rechtfertigungsgründe für den Einsatz des Gewaltmonopols“ (Jachtenfuchs 2006, S. 89). Weiterführendes hierzu findet sich in Leibfried und Zürn (2006).

Bei der *Geheimhaltung* stellt sich die Problematik ähnlich und hat durch die jüngsten Abhörskandale nur noch an Gewicht gewonnen. Denn einerseits muss ein Minimum an *arcana imperii* auch in der demokratischen Moderne gewahrt bleiben, um den Persönlichkeitsschutz von Politikern und die Gestaltungsfreiheit des gesamten Staates zu garantieren (Friedrich 1973, S. 143–156): Datenschutzrechtliche Bestimmungen zur Gewährleistung der individuellen Privatsphäre, aber auch die vertrauliche Behandlung der Lebensumstände bedrohter Staatsrepräsentanten gehören deshalb unzweifelhaft zu diesem Besitzstand, können aber auch zu Zielkonflikten führen, wie die Kontroverse um die Einführung der Verteidigerüberwachung in den bewegten RAF-Zeiten der siebziger Jahre gezeigt hat (Sebaldt 1992b). Das Individualrecht der Terroristen auf vertraulichen Umgang mit ihren Prozessvertretern stand hier in klarem Gegensatz zu den Aufklärungsbedürfnissen der deutschen Ermittlungsbehörden.⁴

Darüber hinaus ist im Prinzip auch unbestritten, dass Parteien, Parlamente und nicht zuletzt Regierungen das Geheimhaltungsrecht für sich in Anspruch nehmen können müssen, um ihre Positionen im Vorfeld öffentlicher Verhandlungen intern in Ruhe abstecken zu können (Friedrich 1973, S. 145). Gleichwohl ist nicht zuletzt durch die Veröffentlichungen der Internet-Plattform Wikileaks auch hier eine Verschiebung der Perspektive erkennbar: Denn sukzessive wird der Bereich der wirklich notwendigen öffentlichen Geheimhaltung enger definiert, was auch durch die zunehmenden Möglichkeiten des Internets zur Infiltration staatlicher Computernetzwerke induziert ist (Stöcker 2011, S. 275–300): Wenn die Möglichkeit zur Offenlegung technisch besteht, findet sich in der Folge auch eine normative Begründung, warum dies auch *politisch* geboten sei.

Komplementär dazu steht das Phänomen der *Propaganda*, weil es hier nicht um ein Zuwenig, sondern um ein Zuviel an öffentlicher Information geht: Im engeren Sinne ist der pathologische Charakter auch hier unstrittig, wenn damit die manipulative bzw. bewusst irreführende Beeinflussung der Öffentlichkeit gemeint ist (von Saldern 2003). Die Medienlenkungs- und Kontrollmechanismen realsozialistischer Systeme und des Dritten Reiches sind dafür unbestrittene Beispiele. Gleichwohl ist das Grauzonenproblem auch hier nicht zu vermeiden: Denn wo der

⁴ Eine differenzierte Erörterung des Spannungsverhältnisses von „Antiterrorkampf“ und der „Verteidigung der Grundrechte“ liefert Krause und warnt dabei am Ende vor Illusionen zu dessen nachhaltiger Auflösung: „Sicherheit gilt nicht ohne Grund als ein relatives Gut. Ein Staat, der in der Lage wäre, alle Risiken auszuschließen, wäre zugleich ein Staat ohne Freiheit. Insofern muss im Kampf gegen den Terrorismus unablässig zwischen Freiheit und Sicherheit abgewogen werden. Das Gut, das dabei am meisten bedroht ist, ist die Freiheit“ (Krause 2008, S. 165). Vgl. zum Dilemma staatlich zu garantierender Sicherheit und bürgerlicher Freiheit auch Glaeßner (2003).

Bereich neutraler Information des Bürgers durch die öffentliche Hand endet und in die Sphäre unbewusster bzw. sogar kalkulierter politischer Suggestion übergeht, ist schwer zu entscheiden: Hat es schon propagandistischen Charakter, wenn das Informationsblatt einer Kommune über einen anstehenden Bürgerentscheid nur deren eigene Position darstellt und nicht auch diejenige der Gegner? Letztere werden die Frage bejahen, weil sie das Prinzip der Unparteilichkeit öffentlicher Amtsträger in den Vordergrund rücken (Mehr Demokratie e. V. 2013, S. 15). Diese selbst aber werden sie mit dem Argument verneinen, nur das zu veröffentlichen, was Beschlusslage der gewählten und damit demokratisch legitimierten kommunalen Vertretungskörperschaften sei.

Bei den letzten beiden Phänomenen *Verrat* und *Korruption* erscheint die Bewertung demgegenüber einfacher, erneut aber nur auf den ersten Blick. Bei ersterem wies schon Friedrich anhand der Gewissenskonflikte der Attentäter des 20. Juli 1944 darauf hin, dass auch hier in Grenzsituationen Ähnliches gilt: Wenn von der Annahme ausgegangen wird, dass eine Regierung auf Willkürherrschaft beruhe und ihrer Legitimationsbasis verlustig gegangen sei, kann dies zum Wohle des Staates sowohl die Kooperation mit ausländischen Mächten (Landesverrat) bzw. die aktive Planung zum Sturz der als illegitim betrachteten Amtsträger rechtfertigen (Friedrich 1973, S. 85–92). Wie schwer diese Entscheidung gerade den beteiligten Wehrmachtsoffizieren gefallen ist, ist sattem bekannt: Immerhin waren sie durch persönlichen Eid an den „Führer“ gebunden, und dem traditionellen Offiziersethos gemäß wog kaum etwas schwerer als der Bruch einer eingegangenen Verpflichtung (Müller 1994, S. 275–279). Nicht zuletzt deshalb verweigerten sich sehr viele hohe Offiziere trotz gleichartiger Beurteilung des NS-Unrechtsregimes den Attentatsplänen Stauffenbergs.

Wie virulent diese Problematik, abseits dieser unbestreitbaren Ausnahmesituationen, aber auch im demokratischen politischen Alltag sein kann und erneut zu Beurteilungskonflikten führt, zeigt die Kontroverse um die Veröffentlichungen des ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden: Von den einen geradezu als Ikone einer neuen Transparenzkultur gefeiert, gilt er nicht nur der US-Regierung als klassischer Landesverräter, der durch die Weitergabe interner Dokumente dem Staat erheblichen Schaden zugefügt und die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit empfindlich beeinträchtigt habe. Snowden selbst nimmt dagegen für sich in Anspruch, illegale Praktiken der Behörden offengelegt und damit zum Wohle des Staates gehandelt zu haben (Kolb 2014). Insofern ist dieser aktuelle Fall auch ein gutes Beispiel für den verbissenen Kampf beider Seiten um die öffentliche Deutungshoheit.

Das noch verbleibende Problemfeld der *Korruption* ist am Ende vor dieser Ambivalenz ebenfalls nicht gefeit. Zwar ist heute im Grundsatz unbestritten, dass die

Bestechung bzw. private Vorteilnahme öffentlicher Amtsträger ein strafrechtlich zu ahndender Regelverstoß sei, weil den Maximen des demokratischen Verfassungsstaates diametral widersprechend (Baurmann 2005). Gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass sich diese Bewertung erst mit der Entwicklung des modernen Staates, mithin durch die Schaffung einer öffentlich besoldeten Bürokratie und staatlich alimentierter Amtsträger entwickeln konnte. In den vormodernen Zeiten des *ancien régime* dagegen war der Ämterkauf bzw. die Finanzierung der eigenen amtlichen Existenz durch Gelder der Petenten nicht nur gängige Praxis, sondern mangels öffentlicher Besoldung eben auch ohne Alternative (Friedrich 1973, S. 103–114).

Doch auch in der Moderne ist der Ambivalenz von Korruption nicht zu entgehen, wenn sie – gerade in Transformationsstaaten – als Mobilisierungsinstrument eingesetzt wird, um passive öffentliche Funktionsträger zum Handeln zu bewegen. Samuel Huntington und Joseph Nye haben schon in den sechziger Jahren auf dieses zumal in der Dritten Welt weit verbreitete Phänomen hingewiesen (Huntington 2007/1968; Nye 2007/1967), das auch die Planung westlicher Unternehmen in diesen Regionen bis heute maßgeblich beeinflusst: Bei den Investitionen sind dann regelmäßig Finanzposten für nötige Schmiergeldzahlungen vorzusehen, um überhaupt Chancen auf Erteilung eines öffentlichen Auftrags bzw. zur Ansiedelung zu erhalten. Das Steuerrecht der Schweiz etwa, das Solches als Zwangssituation der betroffenen Unternehmen qualifiziert, definiert derlei Bestechungsgelder deshalb als steuerlich absetzbar (Schürer 2013).

Der einzelne Bürger, der derlei Schmiergeldzahlungen mit gleicher Intention einsetzt, kommt zwar nicht in den Genuss steuerlicher Rückzahlungen, doch der gewünschte Effekt entsteht auch für ihn – und damit erneut die funktionale Ambivalenz: Gerade diese alltägliche Kleinkorruption, die auch in vielen westlichen Demokratien weit verbreitet ist (Nelken 2005), wird daher häufig als ‚lässliche Sünde‘ apostrophiert, deren (guter) Zweck eben am Ende die Mittel heilige. Korruption dieser Art kann dann am Ende sogar über eine gesellschaftlich weit reichende und damit nur schwer begrenzbare Akzeptanz verfügen, die beim Zuschnitt entsprechender Bekämpfungsmaßnahmen zu berücksichtigen ist: Nicht alles, was grundsätzlich als korrupt gilt, muss auch sozial und politisch diskreditiert sein (Kusche 2011).

2.3 Konsequenzen für eine Pathologie der Demokratie

Auch eine Pathologie der Demokratie muss diesen grundsätzlichen Herausforderungen Rechnung tragen. Die theoretische Aufgabe besteht also *erstens* darin, eine tragfähige Abgrenzung zwischen der Sphäre des Funktionalen und dem Bereich

des Defekten vorzunehmen bzw. das von Friedrich im Raume gelassene Grauzonenproblem so weit wie möglich zu beschränken. Zu formulieren ist hier also zunächst eine griffige und trennscharfe *Symptomatik*.

Dabei wird es vor allem darum gehen, die in bisherigen Defektkonzepten unterbelichtete *policy*-Komponente, also das inhaltlich-funktionale Leistungsprofil von Demokratien bzw. die entsprechenden Performanzprobleme, adäquat zu berücksichtigen. Intellektuelle Anleihen mache ich hier bei der strukturell-funktionalen Systemtheorie, die zwar zunächst zu abstrakt erscheint, um für meine vergleichsweise konkrete Problemstellung adaptiert werden zu können. Doch wird sich zeigen, dass diese Zweifel unbegründet sind.

Darüber hinaus werde ich herausarbeiten, dass die dabei isolierten Defektsyndrome keineswegs nur eindimensionalen Charakters sind, wie dies zumeist in gängigen Defektkonzepten vermittelt wird, sondern eine *janusköpfige Gestalt* besitzen: Sie manifestieren sich mit anderen Worten jeweils in zwei pathologische Extremzuständen, die eine dazwischen gelagerte funktionale Mitte gleichsam einrahmen.

Auf dieser Basis wird *zweitens* der Komplex der *Ursachen* der einzelnen Defekte theoretisch zu modellieren sein, also die zugehörige *Ätiologie*. Sinngemäß wird auch hier großer Wert auf die adäquate Berücksichtigung der inhaltlich-funktionalen *policy*-Dimension gelegt, und das Janusgesicht der schon eingeführten Defektbefunde findet hier dann sein ätiologisches Korrelat.

Drittens wird es Aufgabe sein, einen *tragfähigen Maßstab für die Funktionalität* und damit für die gezielte *Therapie* einer demokratischen Ordnung festzulegen. Hier wird sich im Anschluss an die Pathologieanalysen noch genauer zeigen, dass das jeweilige funktionale Profil als ‚goldene Mitte‘ zwischen den zugehörigen pathologischen Extremen zu verstehen ist. Auch ‚Gesundheit‘ und ‚Krankheit‘ der Demokratie, das wird sich im Folgenden erweisen, sind also nicht klar voneinander abgrenzbar, sondern durch ein sie verbindendes Problemfeld eng miteinander verkoppelt.

Pathologie der Demokratie
Defekte, Ursachen und Therapie des modernen
Staates

Sebaldt, M.

2015, X, 250 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09517-8